



HTU Graz

Vertretung, Beratung, Service.



Solidarität mit ukrainischen Studierenden:

HTU Graz fordert Aussetzung von Visa und Aufnahmebestimmungen für Studierende aus Krisengebieten.

Erschüttert über den Überfall auf die Ukraine durch russische Streitkräfte fordern Studienvertreter_innen Erleichterungen für die Studierenden aus den betroffenen Regionen. In Österreich studieren ca. 2700 Ukrainer_innen, die momentan hohen emotionalen und finanziellen Belastungen ausgesetzt sind. Die Vertreter_innen der HTU Graz fordern deshalb die Bundesregierung dazu auf, den in Österreich studierenden Ukrainer_innen zusätzliche Hürden im Studium zu ersparen und so ein Zeichen der Solidarität zu setzen!

Studierende aus Drittstaaten müssen in Österreich große Hürden überwinden, um ein Studium beginnen zu können. Neben teuren Sprachnachweisen und erhöhten Studienbeiträgen müssen diese auch über hohe Summen Geld auf ihrem Konto verfügen, um für ein Studienvisum in Österreich zugelassen zu werden. Diese beschwerlichen Maßnahmen sollen für ukrainische Studierende vorübergehend ausgesetzt werden.

„Aktuell sind viele junge Ukrainer_innen auf Schutzsuche. Diese sollen in Österreich unabhängig von ihrer finanziellen Lage die Möglichkeit bekommen, eine Ausbildung zu beginnen. Der Nachweis eines Vermögens von ca. 6.000 bzw. 11.000 Euro, der momentan für ein Studiendovisum notwendig ist, scheint hier zynisch und unnötig.“, so Ella Hofreiter aus dem Vorsitzteam der HTU Graz.

Auch die Mindeststudienleistung, die für die Erneuerung eines Studiendovisums notwendig ist, soll laut HTU Graz für ukrainische Studierende ausgesetzt werden. Diese müssen für gewöhnlich eine Mindestanzahl an ECTS jährlich absolvieren, um ihr Studiendovisum verlängern zu können. „Die nächsten Semester werden für die Studierenden aus betroffenen Regionen strapaziös. Als Zeichen der Solidarität wäre es angebracht, die Studierenden aus den Krisenregionen von der Mindestleistung auszunehmen, um ihnen in diesen schweren Zeiten zumindest dahingehend weniger Druck zu machen und ihnen die Angst zu nehmen, sie könnten in Kriegszeiten aus Österreich ausgewiesen werden.“, erklärt Martin Heider, Vorsitzender der HTU Graz.

Für Ukrainer_innen, die wegen des Krieges aus ihrer Heimat fliehen mussten, sollte es möglich sein, ohne große bürokratische Hürden in Österreich ihr begonnenes Studium fortzusetzen oder ein Neues zu beginnen. „Die Aussetzung der Forderung nach einer Inskriptionsbestätigung für das gleiche Studium im Heimatland scheint nur logisch. Auch der (zumindest temporäre) Verzicht auf behördliche Dokumente, zu welchen es momentan keinen Zugang gibt, wäre eine große Erleichterung für die Studierenden aus betroffenen Gebieten.“, erklärt Ekrem Toroman, Referent für internationale Studierende.

An der TU Graz gab es von Seiten des Rektorates erfreulicherweise große Bereitschaft, Studierenden unter die Arme zu greifen: So konnte gemeinsam mit der Universität ein Fördertopf eingerichtet werden; außerdem verzichtet die TU Graz von betroffenen Studierenden auf den Studienbeitrag. „Hier wollen wir uns auch bei Vertreter_innen der TU Graz für die schnelle Handlungs- und Hilfsbereitschaft bedanken und fordern andere Universitäten auf, ähnliche Maßnahmen zu setzen.“, schließt Martin Heider.

„Internationalität und Kooperation werden in Forschung und Universitätsalltag großgeschrieben. Deshalb gilt es, Zusammenhalt und Solidarität mit den ukrainischen Studierenden zu demonstrieren“, so das Vorsitzteam abschließend.

